

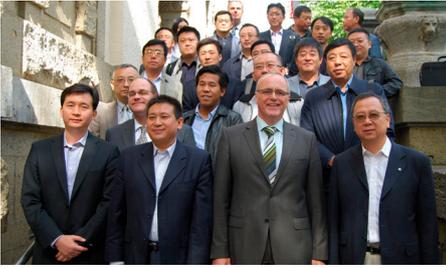


Bergbau und Energie in NRW

Fakten 2011 / Perspektiven 2012



AUSLÄNDISCHE DELEGATIONEN ZU GAST



Die landesweit zuständige Bergbau- und Energieabteilung der Bezirksregierung Arnsberg konnte auch im Jahr 2011 wieder zahlreiche ausländische Besuchergruppen und Fachleute zum Erfahrungsaustausch begrüßen. Vor allem

bei der Vermittlung von Fachwissen zu unterschiedlichen Themen rund um den Bergbau, vom Arbeits- und Gesundheitsschutz, Explosionsschutz, des Umweltschutzes bis zu Fragen des Strukturwandels und der Sanierung bergbaulicher Flächen sind die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Abteilung Bergbau und Energie in NRW gefragt. Im Mai 2011 informierte sich eine Delegation der türkischen Forstdirektion des Umweltministeriums über die deutschen Regelungen insbesondere bei der Vergabe von Abbaulizenzen und der Überwachung bergbaulicher Tätigkeit. Neben Fachvorträgen wurden in dem intensiven Erfahrungsaustausch auch Fragen zur

Renaturierung und Umweltstandards behandelt. Im Mittelpunkt des Besuchs einer chinesischen Regierungsdelegation in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im September 2011 standen Fragen zu Sicherungsmaßnahmen im Altbergbaubereich und zur Sanierung bergbaulicher Flächen. Anschließend konnte sich die Delegation vor Ort auf dem Gelände der ehem. Zeche Radbod in Hamm ein Bild von der Nachnutzung einer ehem. Zechenfläche machen. Eine weitere chinesische Delegation interessierte sich vor allem für Fragen zur Sicherheit und Vorbeugungsmaßnahmen im Gesundheitsschutz.

PRAKTIKANT AUS DEM FERNEN OSTEN

Vier Wochen einer insgesamt zwei Jahre dauernden Fortbildung unter der Regie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit verbrachte Boldkhuyag Sanduijav aus der fernen Mongolei in der Bergbauabteilung der Bezirksregierung Arnsberg. Der ausgebildete Chemie- und Umweltingenieur erhielt in dieser Zeit einen Einblick in die vielfältigen Aufgabenbereiche der Bergbauabteilung als Genehmigungs-, Aufsichts- und Beratungsbehörde. Voraussetzung für die intensive Schulung in den Fachdezernaten waren gute Deutsch-

kenntnisse, die Herr Sanduijav zuvor in einem speziellen Deutschkurs in der Mongolei erworben hatte. Das Weiterbildungsprogramm in der Bergbehörde wurde speziell auf die Bedürfnisse des auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Wissenschaft und Technologie der Mongolei tätigen Umweltingenieurs abgestimmt. Hierzu gehörte die Vermittlung fachspezifischer Kenntnisse im Bereich der Rohstoffgewinnung im Tagebau, der Untergrundspeicherung und Tiefbohrungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Genehmigungsverfahren.



TAG DES OFFENEN DENKMALS



Zum ersten Mal nahm die Bezirksregierung Arnsberg 2011 am Tag des offenen Denkmals teil. Das Anfang des 20. Jahrhunderts erbaute Oberbergamtsgebäude in Dortmund öffnete an diesem europaweit stattfindenden Tag seine Pforten. Die Resonanz war überwältigend. Mehr als 1.200 Besucher ließen es sich nicht nehmen, einmal hinter die historischen Mauern des ehrwürdigen Gebäudes zu schauen. Wenige Tage zuvor war das alte Oberbergamtsgebäude von den Denkmalschützern der Stadt zum „Denkmal des Monats“ gekürt worden. Nach der Eröffnung des Denkmaltages der Stadt

Dortmund durch Oberbürgermeister Sierau und Regierungspräsident Dr. Bollermann, die in dem neu renovierten historischen Großen Sitzungssaal stattfand, konnten sich die Besucherinnen und Besucher über die Geschichte und die Aufgaben der Bergbehörde, die seit über einem Jahrhundert ihren Sitz in Dortmund an der Goebenstraße hat, informieren. Viele Gäste schlossen sich den organisierten Führungen durch das Haus an. Eine Ausstellung zur Architektur und eine Multivisionsschau zur Geschichte des Hauses rundeten das Programm ab.

ROHSTOFF- UND ENERGIEWIRTSCHAFTLICHES SYMPOSIUM

Im Januar 2011 fand auf dem Gelände der ehem. Zeche Hansemann in Dortmund ein Energie- und Rohstoffwirtschaftliches Symposium statt. Vor 200 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik stellten Wirtschaftsminister Voigtsberger und die im NRW-Landtag vertretenen Parteien der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Kernpunkte für die künftige Energiepolitik des Landes dar. Regierungspräsident Dr. Bollermann stellte eine umfassende und rechtzei-

tige Information sowie eine frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen von Großvorhaben in den Mittelpunkt seines Vortrages. Ein weiteres Energiewirtschaftliches Symposium unter Federführung der Wirtschaftsförderung metropoluhr GmbH fand am 13. Februar 2012 in Hagen statt. Schwerpunkt war dabei der Atomausstieg und die damit verbundenen Konsequenzen für die Energiewende in NRW und Deutschland.



FACHTAGUNG ALTBERGBAU

Gemeinsam mit der Technischen Fachhochschule Georg Agricola Bochum veranstaltete die Bezirksregierung Arnsberg im Juli 2011 eine Fachtagung mit rund 200 Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen, Wissenschaft und Verwaltung aus ganz NRW. Themenfelder waren Gefährdungspotentiale für Tagesbrüche, Risiken beim Wiederanstieg von Grubenwasser, Nutzungsmöglichkeiten auf stillgelegten Betriebsflächen. Im Mittelpunkt standen auch rechtliche Fragen, die sich aus diesen Zusammenhängen ergeben. Darüber hinaus wur-

den an Beispielen die Möglichkeiten aufgezeigt, über das „Fachinformationssystem Gefährdungspotentiale des Untergrundes in NRW“ (FIS-GDU) Informationen über potenzielle bergbaulich bedingte Gefährdungen zu erhalten. Dieses Fachinformationssystem hat die Bezirksregierung Arnsberg gemeinsam mit dem Geologischen Dienst NRW eingerichtet. FIS-GDU ist für interessierte Bürgerinnen und Bürger, Interessensgruppen, Kommunen und Verbände entwickelt worden. Informationen hierzu unter www.gdu.nrw.de.



ENERGIEWENDE IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG

Die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland ist zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema geworden. Die Bezirksregierung Arnsberg als nordrhein-westfälische Bergbau- und Energiebehörde hat im Jahr 2011 als bundesweit erste Region eine Machbarkeitsstudie zu den Potenzialen Erneuerbarer Energien vorgelegt. Zu den Ergebnissen der Studie ist ein Aktionsprogramm aufgelegt worden, um den Ausbau Erneuerbarer Energien in der Region flächendeckend zu fördern und zu unterstützen. Eine eingerichtete Projektgruppe mit Expertinnen und

Experten aus dem Energiebereich bündelt die Kenntnisse und Interessen der Region, berät Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft und begleitet Projektvorhaben von der Antragstellung bis zur Realisierung. Die Bezirksregierung Arnsberg hat den „Arnsberger Dialog“ initiiert, um mit den Akteuren der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft wie Energieversorgern und Netzbetreibern konkrete Strategien zu erörtern. Der Dialog soll auch dazu beitragen, Netzwerke zu stärken und Kenntnisse, Erfahrungen und Zielvorstellungen zu bündeln. Durch Kooperationen mit den Hochschulen

und den Energieversorgern des Bezirks sollen Projektideen konkretisiert werden. Als bundesweit erste Region wird derzeit ein Sachlicher Teilabschnitt Energie für den Regionalplan Südwestfalen erarbeitet. Es besteht Konsens zwischen allen 5 Kreisen in Südwestfalen zur Zusammenarbeit im Sinne der Energiewende. Die Gutachter der Studie sehen es als realistisch an, den Anteil regenerativer Energien an der Stromerzeugung in der Region von knapp 8 Prozent auf 30 Prozent zu steigern. Zurzeit beträgt der Anteil im Bundesdurchschnitt rund 16 Prozent.

AUSBAU DER HOCHSPANNUNGSNETZE

Im Herbst 2011 ist das Raumordnungsverfahren für eine insgesamt 116 Kilometer lange Stromtrasse von Dortmund nach Betzdorf-Dauersberg in Rheinland-Pfalz beendet worden. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hatten über 1000 Einwander die Gelegenheit genutzt und ihre Anregungen und Bedenken formuliert. Daneben waren 105 öffentliche Stellen wie Kreise, Kommunen, Verbände und Institutionen aufgefordert, eine Stellungnahme zu dem geplanten Trassenverlauf abzugeben. Die 110-/380-Kilovolt-Höchst-

spannungsfreileitung ist Bestandteil des europäischen Höchstspannungsnetzes und soll den zunehmend erzeugten Strom aus Windparks im Norden in die Verbraucherschwerpunkte im Süden Deutschlands transportieren. Die neuen Leitungskapazitäten sollen möglichen Übertragungsgengpässen entgegenwirken. Im Laufe des Jahres 2012 wird das erste von insgesamt vier Planfeststellungsverfahren für den rund 100 km langen Leitungsabschnitt in NRW und den 16 km langen Abschnitt in Rheinland-Pfalz eingeleitet werden.



FÖRDERUNG REGENERATIVER ENERGIEN



Das Förderprogramm progres.nrw.de ist ein wichtiges Förderinstrument für den effizienten Umgang mit Energie und den Einsatz regenerativer Energien in NRW. Das Förderprogramm wird regelmäßig aktualisiert und so an die sich ändernden Rahmenbedingungen des Energieausbaus angepasst. Im Jahr 2011 konnten im Rahmen der Markteinführung über 3.200 Einzelprojekte mit einem Gesamtvolumen von fast 11 Mio. Euro gefördert werden. Das Programm bietet eine breite Palette an Fördermöglichkeiten, um den Einsatz

regenerativer Energien in NRW voranzubringen. So wurden beispielsweise 369 Passivhausprojekte, 836 Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung und 731 Solarkollektoranlagen gefördert. Die Landesregierung setzt das erfolgreiche Programm mit den Bausteinen „Markteinführung“, „Innovation“, „Energiekonzepte und Energieberatung“ daher auch im Jahr 2012 fort. Insgesamt wurden in den drei Programmbereichen im Jahr 2011 Fördermittel in Höhe von rund 57 Millionen Euro bewilligt.

FORSCHUNG ZUR GEWINNUNG VON ERDWÄRME

Die Abteilung Bergbau und Energie in NRW der Bezirksregierung Arnsberg ist Bewilligungsbehörde für die Fördermittel, mit denen das Land NRW zahlreiche neue innovative Techniken zur Nutzung unerschöpflicher Energiequellen und der rationellen Energieverwendung fördert. Für die Hochschule Bochum ist die Errichtung eines Forschungszentrums für die Gewinnung von Erdwärme mit rund 11 Mio. Euro bewilligt worden. Dies ist in Deutschland die

weitaus höchste Investition in ein geothermisches Forschungsinstitut. Mit dem Forschungszentrum will das Land Nordrhein-Westfalen seine Position bei den Geotechnologien weiter ausbauen. Im Geotechnikum sollen Technologien für die Erschließung der Erdwärme weiterentwickelt, erprobt und für die Anwendung vorbereitet werden. Zentrales Element des Geotechnikums soll eine Coiled-Tubing-Bohranlage sein, mit der Tiefbohrungen bis 5.000 m ausgeführt

werden können. Bei diesem Bohrvorgang wird die Bohrstange nicht abschnittsweise aneinander geschraubt, sondern kann von einer Trommel auf- und abgewickelt werden. Hierdurch lassen sich Bohrungen in den für die Geothermie bedeutsamen Bodenhorizonten erheblich schneller durchführen als mit herkömmlichen Bohranlagen.

RISIKOMANAGEMENT ALTBERGBAU



Im Land Nordrhein-Westfalen befinden sich mehr als 60.000 verlassene, oft potentiell gefährliche Schächte, Lichtlöcher und Stollenmundlöcher des Altbergbaus. Die Abteilung „Bergbau und Energie in NRW“ ist als Bergbehörde NRW landesweit für die Abwehr von Gefahren aus verlassenen Grubenbauen zuständig.

Aufgrund von mangelhaften Sicherungen und äußerer Einwirkungen u. a. durch Wassereintritte ist davon auszugehen, dass sich auf Dauer die Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts erhöht. Um Schäden möglichst schon im Vorfeld zu verhindern, betreibt die Bergbehörde NRW seit Anfang des Jahres 2011 ein Risikomanagementsystem für verlassene Schächte des Bergbaus. Dadurch konnten seitdem zahlreiche Gefährdungsbereiche präventiv gesichert werden. Das Land NRW hat im Jahr 2011 rund 8 Mio. Euro für die Sicherung von verlassenen Grubenbauen aufgewendet.

Für die Umsetzung des Risikomanagements wurde eine Projektgruppe eingerichtet. Sie befasst sich zurzeit mit 2.400 Schächten, für die es keinen Ordnungspflichtigen mehr gibt. Die Landesregierung hat im Haushaltsjahr 2011 zur Umsetzung des Risikoma-

agements zusätzlich 2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt und drei neue Stellen bei der Bergbehörde Arnsberg eingerichtet. So konnten anhand einer systematischen Risikobewertung zahlreiche Maßnahmen an Schächten mit hohem Tagesbruchrisiko realisiert werden. Die Bearbeitungsschwerpunkte lagen im südlichen Ruhrgebiet, im Gebiet der Städte Sprockhövel, Hattingen und Essen. Im Essener Stadtgebiet stand eine Schule an der Planckstraße besonders im Fokus. Im Jahr 2012 werden Untersuchungs- und Sicherungsmaßnahmen mindestens in der gleichen Größenordnung abgewickelt.

SUCHE NACH UNKONVENTIONELLEN ERDGASLAGERSTÄTTEN

Die Bezirksregierung Arnsberg setzt sich für eine bürgernahe Beteiligung und transparente Entscheidungen bei der Genehmigung von Planungsvorhaben ein. Die öffentliche Diskussion über geplante Erdgaserkundungsbohrungen (Fracking) im Münsterland hat auch die Frage aufgeworfen, ob das novellierte Bundesberggesetz noch zeitgemäß ist. Mit dieser Frage ist sowohl eine stärkere Verankerung des Umweltschutzgedankens als auch der von vielen Bürgerinnen und Bürgern eingeforderte Aspekt der Partizipation an Verfahren verbunden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat die Vorschläge der Bezirksregierung Arnsberg zur Änderung des Bundesberggesetzes aufgegriffen und im Juni 2011 eine Bundesratsinitiative eingebracht. Sie befürwortet, dass bei der Genehmigung insbesondere von



Fracking-Vorhaben Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgeschrieben werden. Die durch die Diskussion angeregten weiteren politischen Entscheidungen bleiben abzuwarten. Die Bezirksregierung Arnsberg hat den Dialog in einem Expertenfachgespräch im März 2011 an

dem rund 80 ausgewählte Gäste aus Politik, Verwaltung, Bürgerinitiativen sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft teilgenommen haben, eröffnet und mit mehreren Informations- und Dialogveranstaltungen zur Gasgewinnung fortgesetzt. Die nordrhein-westfälische Landesregierung und der Bund haben zur Beurteilung möglicher Risiken Gutachten in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse voraussichtlich bis Mitte 2012 vorliegen.

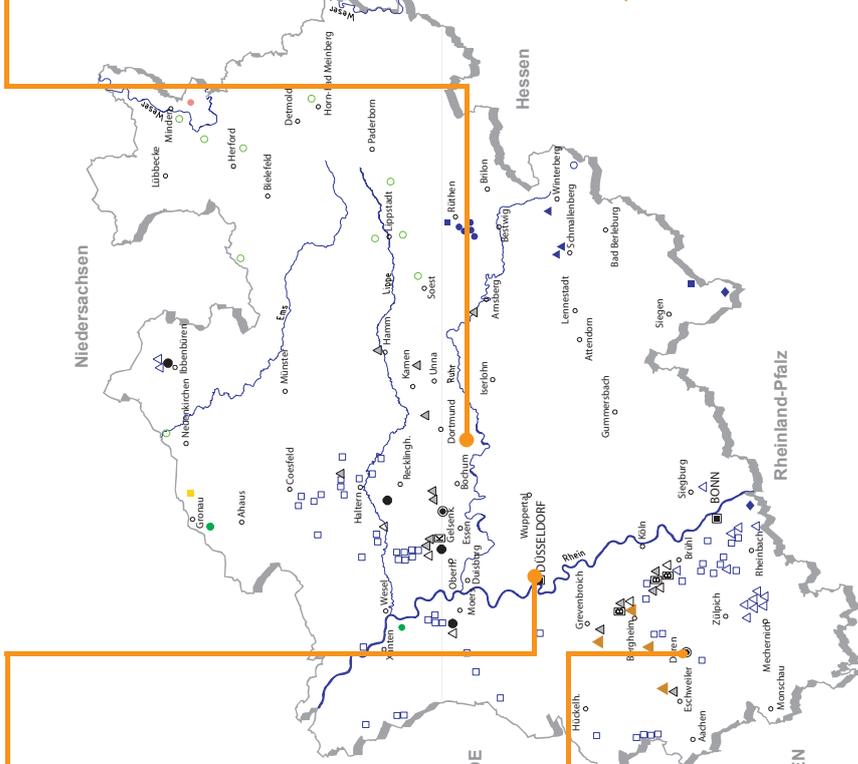
Die Bergbehörde in Nordrhein-Westfalen

Staatliche Aufsicht über den Bergbau



**Ministerium für Wirtschaft,
Energie, Industrie, Mittelstand
und Handwerk des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Oberste Landesbehörde
Tel.: 0211 837-02
Fax: 0211 837-2200
E-mail: poststelle@mwebwv.nrw.de
Internet: www.mwebwv.nrw.de



Standort Düren

Josef-Schregel-Straße 21
52349 Düren
Tel.: 02421 9440-0
Fax: 02421 4045-21
E-Mail: registrator-00@bra.nrw.de
Internet: www.bra.nrw.de



**Bezirksregierung Arnsberg,
Abteilung Bergbau und
Energie in NRW**

Goebenstraße 25
44135 Dortmund
Tel.: 02931 82-3647
Fax: 02931 82-3624
E-mail: registrator-00@bra.nrw.de
Internet: www.bra.nrw.de

BESCHÄFTIGTE UND FÖRDERMENGEN IM BERGBAU DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Steinkohle



Braunkohle

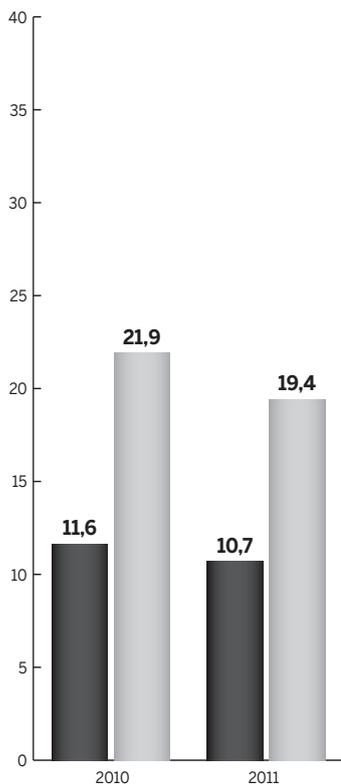


Eisenerz, Marmor, Kaolin, Spezialton, Schieferton, Quarzsand und Quarzit

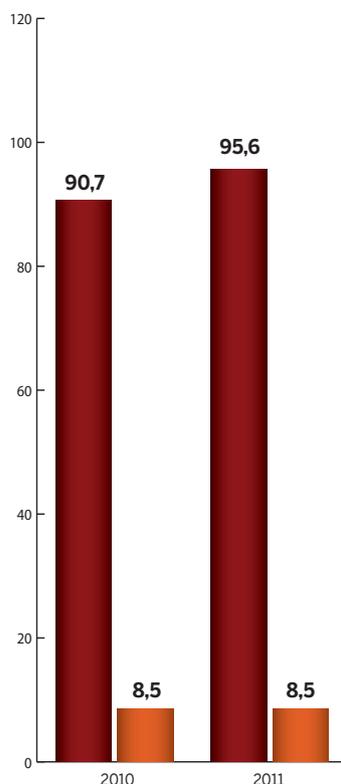


Steinsalz und Industriesole

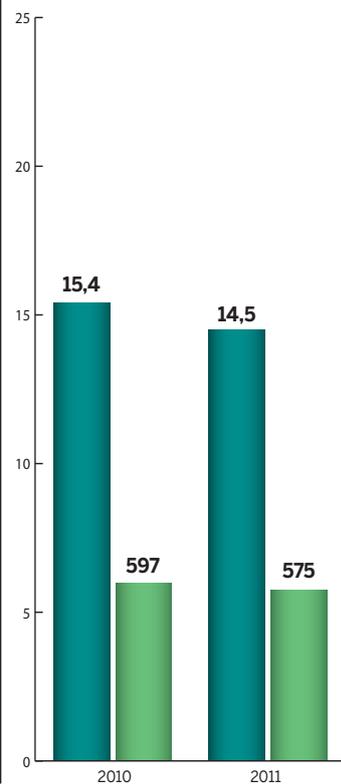
Fördermengen in Mio. t
 Beschäftigte in 1.000



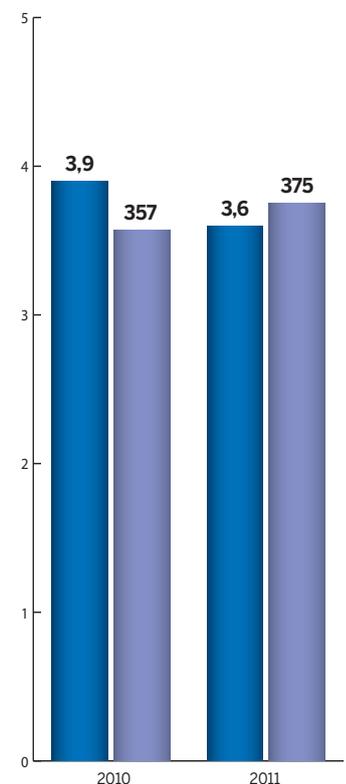
Fördermengen in Mio. t
 Beschäftigte in 1.000



Fördermengen in Mio. t
 Beschäftigte

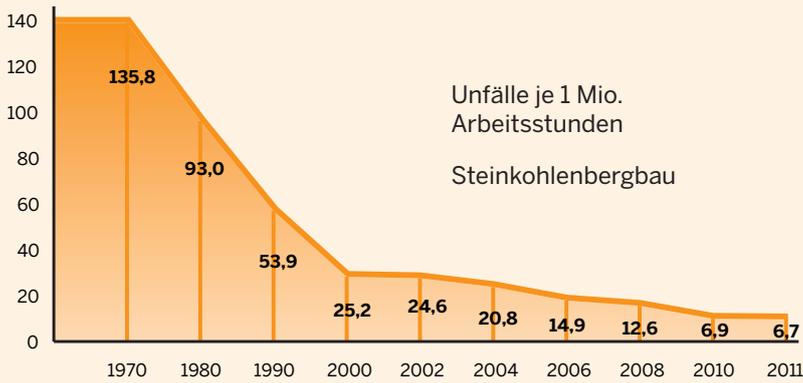


Fördermengen in Mio. t
 Beschäftigte



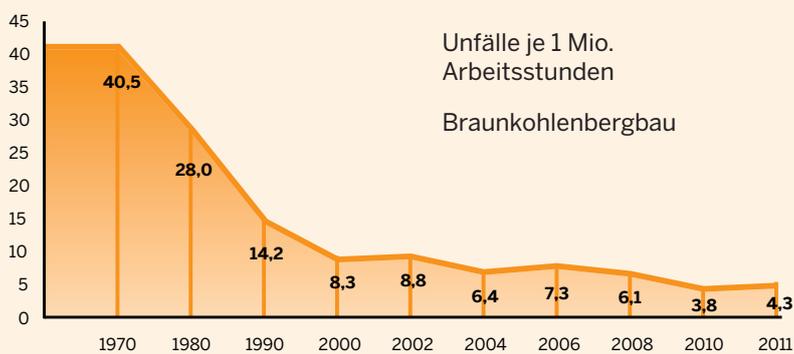
Werte für 2011 vorläufig. Aus darstellungstechnischen Gründen wurden in den Tabellen verschiedene Maßstäbe verwendet.

UNFALLENTWICKLUNG IM BERGBAU DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



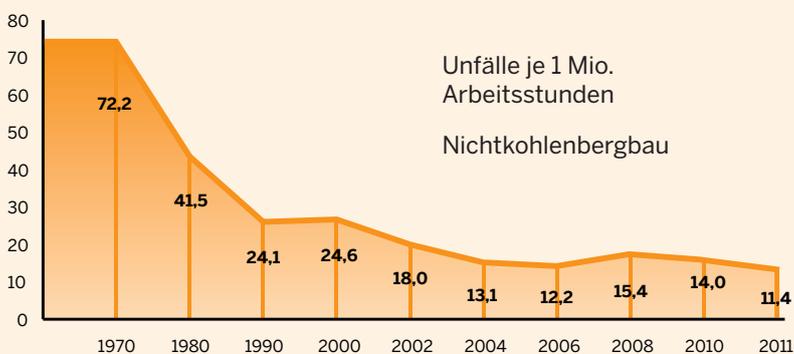
Unfälle deutlich reduziert

Die Unfallhäufigkeit konnte in allen Bergbau-
zweigen des Landes Nordrhein-Westfalen in den
letzten Jahrzehnten deutlich reduziert werden.
So gelang es im Steinkohlenbergbau die Unfall-
häufigkeit seit dem Jahr 2000 um mehr als zwei
Drittel zu verringern. Im Braunkohlenbergbau
wurde seit dem Jahr 2000 die Unfallhäufigkeit
um knapp die Hälfte reduziert. Auch im Nichtkoh-
lenbergbau reduzierte sich die Unfallhäufigkeit in
den letzten zehn Jahren um rund die Hälfte.



Sicherheitsvorschriften, Bergaufsicht und Zulassungsverfahren

Die Bergbehörde leistet wichtige Beiträge bei der
Reduzierung der Unfallhäufigkeit. So werden die
Sicherheitsvorschriften für den Bergbau fortlau-
fend an die neuesten Erkenntnisse angepasst
und entsprechend novelliert. Die Einhaltung der
Sicherheitsvorschriften wird durch intensive
Befahrungen in den Bergwerkbetrieben kontrol-
liert. Im Jahr 2011 führten die Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter der Bergbehörde rund 4.500
Kontrollen in den unter Bergaufsicht stehenden
Betrieben und im Altbergbau durch. Ein weiteres
Element zur Reduzierung der Unfallzahlen stellt
das Betriebsplanverfahren dar. Für jede berg-
bauliche Tätigkeit muss das Unternehmen einen
Betriebsplan bei der Bergbehörde zur Zulassung
einreichen und unter anderem darlegen, wie es
bei den Tätigkeiten Sicherheitsvorschriften ein-
hält. Die Bergbehörde hat im Jahr 2011 bei über
1.500 Betriebsplänen und sonstigen Genehmig-
ungen entsprechende Sicherheitsprüfungen
durchgeführt.



SICHERHEIT UNTER TAGE



Fünf Trainingseinsätze pro Jahr sind für die rund 700 freiwilligen Grubenwehrmänner in NRW, die sich ehren-

amtlich für den Dienst zur Verfügung stellen Pflicht. Die Jahresübung in der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen in Herne absolvieren auch die Mitarbeiter der Bezirksregierung Arnsberg. Dort kann in speziellen Schulungsräumen und Übungsstrecken der Einsatz der Grubenwehrlleute für den Ernstfall simuliert werden. Die schweißtreibenden Übungen, wie ein simulierter Rettungseinsatz bei 30 Grad Celsius im Feuerschutzanzug, sind nur ein Teil des zu absolvierenden Programms. In voller Montur, mit einer 30 kg schweren Ausrüstung werden

die Mitarbeiter der Bezirksregierung Arnberg durch ein Dammrohr in den Übungsraum eingeschleust, wo es zum Löscheinsatz kommt und dort dann die Rettung einer verletzten Person geübt wird. Danach folgt eine Übung im „Gitterkäfig“, mit einem Hindernisparcours. Neben der körperlichen Fitness, die alle 2 Jahre per Ergometer- und Kraftdiagnostik nachgewiesen werden muss, ist eine psychische Stabilität und eine hohe Sachkenntnis über Atemschutz und Gase im Bergbau unerlässlich.

VERLEGUNG DER HAMBACHBAHN IM RHEINISCHEN BRAUNKOHLRENVIER

In den drei im rheinischen Braunkohlenrevier betriebenen Tagebauen Hambach, Inden und Garzweiler werden jährlich ca. 100 Mio. t Braunkohle gefördert. Die RWE Power AG hat für den Braunkohlentagebau Hambach den 3. Rahmenbetriebsplan für die Fortführung des Tagebaus von 2020 bis 2030 bei der Bergbehörde eingereicht. Die Braunkohle der Tagebaue Garzweiler und Hambach wird aufgrund der relativ großen räumlichen Entfernung mit einer werkeigenen Eisenbahn zu den Kraftwerksstandorten und Fabriken transportiert. Die Trasse der sog. „Hambachbahn“ liegt auf einer Länge von 9 km im künftigen Abbaufeld des Tagebaus Hambach. Aufgrund des fortschreitenden Braun-

kohlenabbaus wird die Werkseisenbahn bis zum Jahr 2014 verlegt. Die erforderlichen Baumaßnahmen werden seit dem Jahr 2008 durchgeführt. Die Maßnahme umfasst auch die parallel hierzu durchgeführte Verlegung der Autobahn A 4 und der Bundesstraße B 477.

Der Abbau im Braunkohlentagebau Inden wird voraussichtlich im Jahr 2030 beendet sein. Der im Jahr 2009 geänderte Braunkohlenplan sieht für die Zeit danach anstelle der ursprünglich geplanten Verfüllung die Anlage eines ca. 11 km² großen Restsees vor. Der See soll ein Volumen von ca. 800 Mio. m³ haben und vorwiegend mit Wasser aus der Rur befüllt werden. Nach den Plan-

unterlagen soll die Befüllung 20-25 Jahre dauern. Die genehmigungsrechtlichen Verfahren sind mit dem im Frühjahr 2011 beantragten Rahmenbetriebsplan von der Bezirksregierung Arnsberg als landesweit zuständige Bergbehörde eingeleitet worden. Eine Entscheidung über eine Änderung des Rahmenbetriebsplans zur Anlage des Restsees wird auf der Basis der Antragsunterlagen, Stellungnahmen und Einwendungen jedoch erst getroffen, nachdem der Verfassungsgerichtshof des Landes NRW über eine Kommunalverfassungsbeschwerde gegen die Änderung des Braunkohlenplans für den Restsee entschieden hat.

BERGWERK PROSPER HANIEL VERLAGERT STEINKOHLENABBAU

Das Bergwerk Prosper Haniel in Bottrop hat bei der Bezirksregierung Arnsberg im Sommer 2011 eine Änderung des Rahmenbetriebsplans beantragt. Grund für die Überplanung der bisherigen Abbauvorhaben ist das Ende des subventionierten Steinkohlenbergbaus 2018. Mit der Änderung soll die Abbautätigkeit des Bottroper Bergwerks optimiert und den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Die Abbautätigkeit im Baufeld

Prosper Nord soll reduziert werden und dafür in den weniger besiedelten Baufeldern Ost und West mehr Kohle abgebaut werden. Die Überarbeitung des Abbauplans erfolgt in Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg sowie unter Beteiligung der Fachbehörden und der Träger öffentlicher Belange. Dabei werden insbesondere die ökologischen Auswirkungen in der Kirchheller Heide berücksichtigt und wie bisher durch einen Monitoringarbeitskreis begleitet.



DIE BERGBEHÖRDEN INFORMIEREN

Jahresbericht der Bergbehörden des Landes NRW

Dieser jährlich erscheinende Bericht informiert über alle bergaufsichtlich relevanten Belange im Land NRW: Energie und bergwirtschaftliche Entwicklung, Bergbau und Umwelt, Sicherheitstechnik im Bergbau sowie den Aufbau der Bergbehörden.

Geothermie – Erdwärme für Nordrhein-Westfalen

Die von der EnergieAgentur NRW herausgegebene Broschüre enthält die Nutzungsverfahren, verschiedene Projektbeispiele sowie die wichtigsten Adressen der für die Bewilligung von Zuschüssen zuständigen Stellen.

Grubengas – ein Energieträger in NRW

Die Broschüre der EnergieAgentur.NRW beschreibt die Verwertung des Grubengases als modernen Brennstoff. Sie enthält außerdem die wichtigsten Anschriften und Telefonnummern der für Fragen des Grubengases zuständigen Ansprechpartner.

Herausgeber:

Bezirksregierung Arnsberg
Abteilung Bergbau
und Energie in NRW
Goebenstraße 25
44135 Dortmund
www.bra.nrw.de

Redaktion:

Dezernat 64
Anngret Mehrfeld und
Andreas Nörthen
Tel.: 02931 82-3934
Fax: 02931 82-45109

Statistik:

Dezernat 63
Frank Schönfeldt
Tel.: 02931 82-3662
Fax: 02931 82-45132

Für die Bereitstellung von Bildmaterial danken wir den Unternehmen/Institutionen:

RAG Deutsche Steinkohle
esco european salt company
GmbH & Co. KGT

Titelbild:

Förderung regenerativer
Energien

